

Geschichte der Verdingkinder soll aufgearbeitet werden

► LARISSA M. BIELER

E

Es ist ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte, mit dem sich der Grosse Rat gestern auf eine Anfrage von SP-Grossrat Mathis Trepp beschäftigte. Die Geschichte der Verdingkinder und der Opfer von fürsorgerischen Massnahmen betrifft auch Graubünden. Trepp kritisierte darum in seiner Anfrage die defensive Haltung der Regierung. Sie will die Ergebnisse des Runden Tisches des Bundes abwarten, die Mitte 2015 erwartet werden, und danach entscheiden, welche spezifi-

nicht zu vernichten. «Der Kanton möchte mithelfen, dass die Direktbetroffenen ihre persönlichen Geschichten zurückverfolgen können.»

Als zweite Massnahme hat der Kanton mit der Opferhilfe-Beratungsstelle eine Anlaufstelle geschaffen. Trepp kritisierte die verhaltene Kommunikation: Die kurze elektronische Publikation der Regierungsmitteilung, welche die Schaffung der Anlaufstelle bekannt gab, habe weder bei den Betroffenen, noch von der Öffentlichkeit oder in der Presse Beachtung gefunden. Bestätigt sieht sich Trepp auch dadurch, dass sich bis Ende Juli diesen Jahres nur gerade fünf direktbetroffene Personen gemeldet haben. «Es ist fraglich, ob die wichtige Informa-

tion die Betroffenen auch erreichte», zeigte sich auch SP-Grossrätin Sandra Locher Benguerel kritisch.

Unabhängige Historiker gefordert

Locher Benguerel forderte von der Regierung, dass die Thematik offener angegangen und in einer breiten Aktion kommuniziert wird, wo sich Betroffene melden könnten. Zudem solle der Kanton die Geschichte der Fremdplatzierung und insbesondere die der Verding- und Heimkinder durch unabhängige Historiker aufarbeiten lassen. Als regionale Vertiefung und Ergänzung zur Aufarbeitung des Bundes. «Und damit die betroffenen Menschen eine Stimme erhalten, sollten sie in einem Begleitgremium miteinbezogen werden».

Bündner Tagblatt, 23.10.2013, Char

schen Massnahmen für Graubünden erforderlich sind.

Kommunikation in der Kritik

Regierungsrat Hansjörg Trachsel hat Verständnis für das Anliegen gezeigt, war doch sein Grossvater mütterlicherseits im Kanton Bern ebenfalls ein Verdingkind. «Die Rolle der Verdingkinder ist in Graubünden aber nicht die gleiche wie im Kanton Bern». Die Verantwortung in Graubünden liege hauptsächlich bei den Gemeinden, welche die Vormundschaftsbehörden eingesetzt haben. «Dort wurden die Entscheide getroffen und dort liegen die Akten.» Darum seien alle Gemeinden vom Kanton angeschrieben worden, diese Daten in den Archiven



SP-Grossrat **Mathis Trepp** kritisiert die defensive Haltung der Regierung. (FOTO OLIVIA ITEM)

KOMMENTAR Larissa M. Bieler über Verdingkinder und andere Opfer

Die Regierung tut sich schwer

Was ist eine Entschuldigung wert? Im Falle von ehemaligen Verdingkindern und anderen Opfern der äusserst brutalen fürsorgerischen Massnahmen ist sie fundamental. Betroffene leiden ein Leben lang unter der Willkür und der Gewalt, der sie zum Opfer gefallen sind. Wie in aller Welt soll man verarbeiten, dass man zwangssterilisiert wurde? Oder dass man auf einem Markt von seinen Eltern verschachert wurde? Rund 10 000 Verdingkinder leben heute noch. Eine Entschuldigung – und dafür ist nicht bloss der Bund oder die Pro Juventute verantwortlich – ist nicht nur Wiedergutmachung, sondern auch Teil der Basis, einfach ein normales Leben führen zu können.

Die Bündner Regierung aber tut sich weiterhin schwer mit der Vergangenheitsbewältigung. Auch gestern im Grossen Rat gab es auf wiederholte Anfrage von SP-Grossrat Mathis Trepp keine Entschuldigung expressis verbis. Zwar hat sich die Bündner Regierung der Entschuldigung eines jurassischen

Regierungsrates, der sich für alle Kantone entschuldigte, angeschlossen. Aber selbst kam Regierungsrat Hansjörg Trachsel das Wort nicht über die Lippen. Die Regierung äusserte stattdessen ihr Bedauern über das Geschehene, wälzte die Verantwortung aber auf Gemeinden und Bund ab. CVP-Grossrat Vincent Augustin nannte die Antwort der Regierung «mager». Im Grunde aber ist es schäbig.

Der Bund arbeitet das dunkle Kapitel nun am «runden Tisch sorgfältig und gründlich auf. Allein darauf sollten sich die Bündner Behörden nicht abstützen – Betroffene aus Graubünden sind an diesem Tisch nicht vertreten. Wir haben eine eigene Geschichte, und die soll Eingang in die Geschichtsbücher und in unser historisches Bewusstsein finden. Die Regierung hätte gestern dafür ein starkes Zeichen setzen können. Auch wenn die direkte Entschuldigung Entschädigungsforderungen auslösen würde. Das sollte es uns wert sein.



lbieler@buendnertagblatt.ch